

## Immer mehr Hürden für Kriegsdienstverweigerung

**In Europa wird das Grundrecht auf Ablehnung des Militärdienstes immer mehr Menschen nicht zugestanden. Die Verhältnisse in der Ukraine sind dramatisch.**

Jana Frielinghaus

### Foto gelöscht

Reklame wie für ein Kinderspiel: Auf dem Werbeplakat für eine ukrainische Anti-Drohnen-Einheit heißt es: Lass uns zusammen den Himmel beobachten. Die Realität für Männer, die nicht kämpfen wollen, ist jedoch brutal.

Foto: AFP/Sergei Supinsky

In ganz Europa, vor allem jedoch in Russland und der Ukraine, wird insbesondere Männern immer häufiger ein Grundrecht[1] verweigert: Jenes, nicht (mehr) töten zu müssen und dabei zu sterben. Das ist der Befund des Jahresberichts, den das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (European Bureau for Conscientious Objection, EBCO) gerade veröffentlicht hat.

Insbesondere der ukrainischen Armee laufen die Männer in Scharen davon[2]. Vielfach sind es Soldaten, die bereits über sehr lange Zeiträume kämpfen und in Schützengräben monatelang ausharren mussten. Sie verstecken sich, verlassen nicht mehr das Haus. Denn draußen sind ständig Rekrutierungstrupps unterwegs. Sie zwingen Fahnenflüchtige[3] wie »Drückeberger« in Kleinbusse und verschleppen sie direkt an die Front. Dafür hat sich im Land der Begriff »Busification« etabliert.

Zwischenzeitlich waren in der Ukraine die Möglichkeiten für junge Männer, das Land zu verlassen, gelockert. Tausende nutzten die Chance. Auch in Deutschland fordern Politiker und Medienschaffende sie auf, zurückzugehen und ihre »Pflicht« fürs Vaterland und die »Freiheit« Europas zu tun.

In wenigen Tagen, am 15. Mai, wird international der Tag der Kriegsdienstverweigerung[4] begangen, mit dem Menschen geehrt werden sollen, die den Militärdienst aus Gewissensgründen ablehnen und dafür Repression bis hin zu Gefängnisstrafen in Kauf nehmen. 1987 erkannten die Vereinten Nationen Verweigerung als Menschenrecht an. Netzwerke und Vereine in ganz Europa unterstützen Deserteure und Verweigerer und kämpfen für das Recht auf Asyl oder zumindest auf Schutz vor Abschiebung insbesondere für diejenigen unter ihnen, die aus Russland, der Ukraine oder Belarus geflüchtet sind. In der Bundesrepublik haben russische Kriegsdienstverweigerer bislang nur in Einzelfällen Schutz[5] erhalten.

Im EBCO-Länderbericht zur Ukraine ist vermerkt, dass es das mit Beginn des russischen Angriffskriegs abgeschaffte Recht auf zivile Ersatzdienste nach wie vor nicht wieder gibt. Auch eine festgelegte Dauer des Frontdienstes gibt es nicht. Männer, die aus religiösen Gründen verweigern, werden ebenso inhaftiert wie solche, die aus anderen Motiven heraus den Dienst an der Waffe ablehnen.

»Verweigerer sind mit schwerer Verfolgung, Diskriminierung, Folter und feindseligen Medienkampagnen konfrontiert«, heißt es im Bericht. Bis zum Obersten Gericht werde Verweigerung als Straftat gewertet. Bei den faktischen Entführungen von Männern durch Rekrutierende komme es regelmäßig zu schwerer Gewalt durch Mitarbeiter der regionalen Musterungszentren (TCC) und Polizisten, auch Todesfälle seien dokumentiert.

»Praktiken der Kriminalisierung, von behördlichen Schikanen und der sozialen Stigmatisierung nehmen weiter zu.«

Daniele Taurino *Präsident des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (EBCO)*

Generell ist es schwierig für Fahnenflüchtige und Verweigerer, in EU-Staaten Asyl zu bekommen. Ukrainische Regierungsvertreter forderten einerseits, dass »ihre« Männer zurückgeschickt werden. Andererseits verlangten sie laut Bericht, dass keine Russen, die einmal Militärdienst geleistet haben, Asyl bekommen, auch nicht jene, die den Kriegsdienst mit Beginn des Angriffs auf die Ukraine verweigert haben.

Während die Europäische Kommission den Schutz für alle Ukrainer nach der sogenannten Massenzustromrichtlinie noch einmal bis 2028 verlängert hat, gibt es laut dem EBCO-Bericht in Norwegen Bestrebungen, ukrainischen Männern zwischen 18 und 60 Jahren diesen Schutz zu entziehen.

Mit Blick auf die Bundesrepublik äußern sich die Autoren besorgt ob der möglichen Rückkehr zur Wehrpflicht. Kooperationspartnerinnen des EBCO in Deutschland sind die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte Kriegsdienstgegner\*innen (DFG-VK). Auf Basis ihrer Informationen sind im Bericht bis Anfang November für 2025 mehr als 6700 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung registriert worden, davon 1460 von Reservisten und 183 von aktiven Soldaten. Damit hat sich die Gesamtzahl gegenüber 2024 (2998) mehr als verdoppelt. Demgegenüber gab die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken kürzlich an, es habe im vergangenen Jahr 3867 Anträge gegeben. Im ersten Quartal dieses Jahres haben laut Regierung bereits 2656 Menschen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt.

EBCO-Präsident Daniele Taurino schreibt in seinem Vorwort zum Bericht, Aufrüstungspolitik und die »Verfestigung sicherheitsorientierter politischer Narrative« schränken den Spielraum für die Ausübung und den Schutz der Grundrechte zunehmend ein. »Gleichzeitig verstärken anhaltende bewaffnete Konflikte und geopolitische Spannungen den Druck auf Personen, die sich weigern, zu den Waffen zu greifen, und setzen sie Strafverfolgung, Diskriminierung und Unterdrückung aus«, so Taurino. Dabei habe es schon zuvor viele strukturelle Mängel gegeben. »Praktiken der Kriminalisierung, von behördlichen Schikanen und der sozialen Stigmatisierung nehmen weiter zu, was bestätigt, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Praxis bei Weitem nicht vollständig gewährleistet ist.«

Explizit geht er auf die anhaltende Verfolgung von Jurij Scheljaschenko[6] ein, dem Exekutivsekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung. Inhaftierungen und Repressalien gegen ihn stellen einen »schwerwiegenden Verstoß gegen grundlegende Freiheiten wie die Gedanken-, Gewissens- und Meinungsfreiheit« dar. Sein Fall zeige, »wie sehr der Raum für abweichende Meinungen in Kriegszeiten immer weiter schrumpft«.

Angesichts der Unterminierung von Grundrechten sei die internationale Kooperation der Netzwerke, die Verweigerer schützen, nötiger denn je. Die europäischen Institutionen werden im Bericht aufgefordert, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung »unter allen Umständen« und »uneingeschränkt« anzuerkennen. Nötig sei auch die Einrichtung »wirklich ziviler Alternativdienste ohne Strafcharakter«.

#### **Links:**

1. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1198052.wehrpflicht-tipps-zur-kriegsdienstverweigerung.html>
2. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1196159.ukraine-und-russland-fahnenflucht-in-der-ukrainischen-armee.html>
3. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1181474.ukraine-krieg-weiteres-morden-in-der-ukraine-ist-nicht-die-loesung.html>
4. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1191316.kriegsdienstverweigerung-wir-ziehen-nicht-in-eure-kriege.html>
5. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1196733.ukraine-krieg-kein-asyl-fuer-russen-in-deutschland.html>
6. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1197309.ukraine-krieg-jurij-scheljaschenko-der-friedenstaeter.html>

Quelle: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1199658.krieg-und-militarisierung-immer-mehr-huerden-fuer-kriegsdienstverweigerung.html>